

# Die Grenzen des Wachstums [Dennis Meadows]

Autor(en): **Wicke, B.**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **66 (1972)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **29.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Waffen und militärischer Ausrüstung nach Portugal zu erteilen;

b) an die Bundesregierung heranzutreten mit der dringlichen Bitte, alle Institutionen der Bundesrepublik im südlichen Afrika allen dort lebenden Menschen gleichberechtigt zu öffnen;

c) die Bundesregierung aufzufordern, nur noch solche Firmen im südlichen Afrika zu unterstützen, die bereit sind, für die gleiche Arbeit bei gleichen Arbeitsbedingungen gleiche Löhne — unabhängig von der Hautfarbe — zu zahlen;

d) die Bundesregierung aufzufordern, das Kulturabkommen mit der Republik Südafrika vom 11. Juni 1962 dahin zu überprüfen, ob es dazu benutzt wird, die Politik der Apartheid in der Bundesrepublik zu propagieren.»

Mit freundlichem Gruß (im Auftrag) Baumfalk

## Die Grenzen des Wachstums\*

Schon liegt die deutsche Übersetzung der vor einigen Monaten in Amerika erschienenen Studie vor, die vom Club of Rome dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Auftrag gegeben worden war. Dieser «Club» ist ein loser Zusammenschluß von etwa siebzig Mitgliedern (Wissenschaftler verschiedenster Provenienz, Industrielle, Wirtschaftler, Humanisten aus fünfundzwanzig Staaten). Er ist 1968 gegründet worden, «um die Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme zu ergründen». Ein flüchtiger Blick in das Buch mit seinen zahlreichen Diagrammen und Tabellen mag manchen Leser abschrecken, doch sind sie, wie auch der Computer, der zu ihnen führte, nur Hilfsmittel, um allgemeinverständliche Ergebnisse zu errechnen und darzustellen. Eines der zentralen Probleme bezieht sich auf das exponentielle Wachstum, das heißt, ein beschleunigtes Wachstum, das in geometrischen (2, 4, 16 usw.) statt in arithmetischen Reihen (2, 4, 6, 8 usw.) vor sich geht. Alle älteren Leser haben dies sozusagen praktisch erlebt und die schwindelerregende Beschleunigung der verschiedensten Phänomene selbst festgestellt. Die Studie untersucht deren fünf: die beschleunigte Industrialisierung, das rapide Bevölkerungswachstum, die weltweite Unterernährung, die Ausbeutung der Rohstoffreserven und die Zerstörung des Lebensraumes. Die Schlußfolgerungen sind

1. daß auf der Erde in den nächsten hundert Jahren die absoluten Wachstumsgrenzen erreicht werden, wenn die Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der

---

\* Dennis Meadows, Die Grenzen des Wachstums. 1972. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. Fr. 21.80.

Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält,

2. daß durch Änderung der Wachstumstendenzen ein ökologischer und wirtschaftlicher Gleichgewichtszustand herbeigeführt werden kann,
3. daß die Chancen, diesen zu erreichen, umso größer sind, je rascher die Menschheit damit beginnt, diesen Gleichgewichtszustand herzustellen.

Das Modell antwortet etwa auf Fragen wie, welche Beziehungen sich ändern müssen, damit das exponentielle Wachstum in einen Gleichgewichtszustand übergeht, oder welches Bild die Erde bieten wird, wenn es kein Wachstum mehr gibt. Es werden mehrere Alternativen geprüft, die verschiedene Reaktionen der Menschheit ins Auge fassen. Es scheint, daß alle möglichen Verbesserungen der Gegebenheiten höchstens eine Verschiebung der Katastrophe um wenige Jahrzehnte bewirken können, wenn nicht sofort die Beschränkung des Wachstums mit radikalsten Mitteln vorangetrieben wird. (Bei der Fortdauer der heutigen Wachstumstendenzen errechnet die Studie den Kollaps der Menschheit bis spätestens im Jahr 2100.)

Um eine selbstgewählte Beschränkung des Wachstums zu erreichen, wären große Anstrengungen nötig, um den Gleichgewichtszustand der Gesellschaft zu sichern, so etwa Rückgewinnung von Rohmaterialien, neue Methoden zur Erfassung von Abfällen, Nutzung der Sonnenstrahlung als Energiequelle.

Im Stadium eines langfristigen Gleichgewichts wäre wahrscheinlich auch das Problem der Einkommensverteilung zu lösen. Es ist allerdings nicht sicher, ob die moralische Kraft des Menschen dazu ausreicht, aber noch viel fraglicher ist es, ob diese Probleme unter dem moralischen und physischen Druck des gegenwärtigen Wachstums gelöst werden können.

Die Verfasser sind sich bewußt, daß der Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird, daß es dazu noch viele Diskussionen, Analysen und neue Ideen braucht. Der Zweck dieser Studie ist, die Menschen anzuregen, etwas zur Lösung dieser Probleme zu unternehmen. «Wenn man sich entscheidet, nichts zu tun, entscheidet man sich in Wirklichkeit die Gefahren des Zusammenbruchs zu vergrößern.» Sie sind aber überzeugt, daß eine bewußt vorgenommene Wachstumsbeschränkung möglich ist. Ein Grund zur Hoffnung.

Im Schlußkapitel nimmt das Exekutiv-Komitee des «Club of Rome» zu der Studie Stellung und weist auf ihre eingestandenen Mängel hin, die teilweise im Sommer 1971 auf zwei internationalen Konferenzen festgestellt wurden. Es scheint dort aber keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die sich eröffnenden Ausblicke gegeben zu haben, und die Ansicht, daß der Wert der Untersuchung in ihrer glo-

balen Ausrichtung liegt, wurde weitgehend geteilt. In folgenden Punkten besteht Übereinstimmung:

1. Es ist lebensnotwendig, nach dem Preis unbeschränkten materiellen Wachstums zu fragen und Alternativen zu suchen, die dieses Wachstum nicht endlos fortsetzen.
2. Durch eine langsame Abschwächung des Bevölkerungswachstums werden keine grundlegenden menschlichen Werte gefährdet, während der zunehmende Bevölkerungsdruck die Lebensqualität beeinträchtigt.
3. Zur Erreichung eines weltweiten Gleichgewichtszustandes müssen weltweite Maßnahmen ergriffen werden, um die Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern zu verringern.
4. Die Bewältigung der beiden wichtigsten Probleme, Entwicklung der unterentwickelten Völker und Umwelterhaltung kann nur im Rahmen einer gemeinsamen globalen Strategie erfolgreich sein.
5. Trotz der Wechselwirkung, in der alle wichtigen Erscheinungen im Weltsystem miteinander stehen, gibt es noch keine Methode, die verschiedenen Erscheinungen als Ganzes zu beherrschen. Die Vorgehensweise der Studie kann die Wechselwirkung der Gleichgewichte definieren und die Konsequenzen begreifen, die sich ergeben, wenn diese Gleichgewichte zerstört werden.
6. Eine rasche und grundlegende Besserung der unausgewogenen und sich verschlechternden Weltlage ist die Hauptaufgabe, vor der die Menschheit steht. Sie muß auf Ziele ausgerichtet werden, die zu Gleichgewichtszuständen führen.
7. Soziale Innovation darf nicht länger hinter der technischen zurückbleiben. Die Zeit ist reif für eine radikale Reform institutioneller und politischer Prozesse auf allen Ebenen, auch auf der Ebene der Weltpolitik.
8. Es sind eine langfristige gemeinsame Planung und aufeinander abgestimmte internationale Maßnahmen erforderlich. Die Hauptverantwortung liegt bei den Industrieländern, weil sie das Wachstumssyndrom erzeugt haben und an der Spitze des Fortschritts stehen, auf dem das Wachstum beruht.
9. Der harmonische Gleichgewichtszustand der Weltwirtschaft, des sozialen und ökologischen Gleichgewichts muß ein gemeinsames Ziel sein, das allen Gewinn bringt. Als erster Schritt dazu wären Maßnahmen der hochentwickelten Wirtschaftsländer, die das Wachstum ihrer Produktion verlangsamen und gleichzeitig Kapazität dafür frei machen, die Anstrengungen der Entwicklungsländer zu unterstützen, um deren Wirtschaft rascher zu entwickeln.
10. Nur grundsätzliche Änderung der Wert- und Zielvorstellungen des

einzelnen, der Völker und auf Weltebene werden durch geplante Maßnahmen mit Erfolg einen dauerhaften Gleichgewichtszustand herbeiführen.

Der «Club of Rome» wird Bemühungen um das Zustandekommen eines Weltforums ermutigen, auf dem Regierungsmitglieder, Politiker, Planer und Wissenschaftler über die Gefahren und die Hoffnungen für unser künftiges Weltsystem diskutieren können. Vom einzelnen erwartet er, daß er mit unermüdlicher Hingabe und Anstrengung sich selbst, seine Ziele und Wertvorstellungen erforscht, wie die Welt, die er zu verändern sucht.

B. Wicke

In der nächsten Nummer: Reaktionen auf den MIT-Bericht.

## Die Scott Bader Commonwealth

**Ein Modell für industrielle Demokratie  
und Vorbild gewaltloser Umgestaltung der Gesellschaft**

Mr. Ernest Bader begann das Unternehmen der Scott Bader Co. Ltd. im Jahre 1920 im Alter von dreißig Jahren. Einunddreißig Jahre später, nach vielen Schwierigkeiten und Mühsalen während des Krieges, hatte er ein erfolgreiches Geschäft mittlern Umfangs, das einhunderteinundsechzig Leute beschäftigte und einen Jahresumsatz von ungefähr 625 000 Pfd. St. und Reingewinne von mehr als 72 00 Pfd. St. aufwies. Während er mit praktisch nichts angefangen hatte, waren er und seine Familie wohlhabend geworden. Seine Firma hatte sich als ein führender Hersteller von Polyesterharzen etabliert und produzierte auch andere hochentwickelte Erzeugnisse, wie Alkyds, Polymers und Weichmachungsmittel. Als ein junger Mann war er zutiefst unzufrieden mit seinen Aussichten als Arbeitnehmer gewesen; sein Gefühl widersetzte sich den Grundideen von «Arbeitsmarkt» und einem «Lohnsystem» und insbesondere dem Gedanken, daß Kapital Menschen in seinem Dienste verwendete, anstatt daß Menschen Kapital verwenden. Während er sich nun in der Lage eines Arbeitgebers befand, vergaß er niemals, daß sein Erfolg und sein Wohlstand das Werk nicht nur von ihm allein, sondern von allen seinen Mitarbeitern waren und bestimmt auch der Gesellschaft, in der zu arbeiten er den Vorzug hatte. Um seine eigenen Worte zu zitieren:

«Ich sah ein, daß ich — so wie Jahre zuvor, als ich absprang und aufhörte, ein Angestellter zu sein — gegen die kapitalistische Philosophie aufstand, welche die Menschen in die gelenkten auf der einen, und die, welche lenken, auf der anderen Seite teilt. Das wirkliche Hindernis indes war die Gesetzgebung über Handelsgesellschaften mit ihren Vorkehrungen für diktatorische Machtbefugnisse der Aktionäre und der von ihnen kontrollierten Hierarchie der Geschäftsführung.»

dem, was wir «Einbildung» nennen, zu Klassen- und Rassendünkel führt, werden die Konflikte noch größer, komplizierter und schwieriger.

Aber — und das ist das Neue und Erfreuliche und durchaus Christlich-Evangelische — nun beginnt in der weißen Welt eine Solidarisierungsbewegung mit den Leidenden und Benachteiligten und mit diesen Völkern. Darüber sollten sich Christen bei allen Spannungen und Fragen, die dabei kritisch zu bedenken sind, freuen, sich herzlich freuen.

Dies Bewegung der Solidarität mit der benachteiligten, unterprivilegierten, nichtweißen Bevölkerung in Südafrika fand am Freitag, dem 2. Juni dieses Jahres — genannt der «Schwarze Freitag» — in recht stattlichen Demonstrationen weißer Studenten in Kapstadt und Johannesburg ihren Ausdruck, bei der sich spontan auch Farbige, Schwarze/Bantus und Inder beteiligten. Diese Demonstrationen und Versammlungen in Kirchen wurden von der südafrikanischen Polizei recht brutal niedergeschlagen («Die Zeit» vom 16. Juni 1972: «Prügel in der Kathedrale»). Unter den Dutzenden, die verhaftet wurden, befanden sich auch der anglikanische Dekan King von Kapstadt, Pfarrer Theo Kotzé, der zweite Direktor des «Christlichen Instituts» und Pfarrer Wrangmoore, der durch einen 60tägigen Hungerstreik Ende letzten Jahres großes Aufsehen verursachte.

Deutlich ist eines: Diese Solidarisierung weißer (Studenten) Gebildeter mit den unterdrückten und in jeder Hinsicht benachteiligten Nichtweißen Südafrikas geht an die Grundlagen der Apartheid-Politik. Darum schritt die Polizei so entschieden ein, und wurde bis zum 8. Juli ein totales Versammlungsverbot (für Studenten) verhängt. Auf der anderen Seite ist das wohl der einzige Weg, um die Massenspannungen dort (in Südafrika) wie in der weiten Welt zu überwinden. Und dieser Solidarisierungsprozeß geht weiter, ist nicht aufzuhalten. Er entspricht übrigens dem Beispiel und Vorbild Jesu, und ist darum gut christlich und evangelisch. Auch unsere Aufgabe wird es in der Nachfolge Jesu sein, «Mission als Solidarität mit den Leidenden» zu begreifen, wie jener Missionspfarrer es nannte. K. Schmidt, ehem. Missionspfarrer, Bönningheim

### Das Echo auf

## «Die Grenzen des Wachstums»

Der Widerhall auf die Computerstudie, die auf Veranlassung des Club of Rome durch das Massachusetts Institute of Technology (MIT) gemacht wurde, ist vielstimmig und intensiv. Der Überblick, den wir darüber geben können, ist begreiflicherweise nicht umfassend und bezieht sich nur auf England, Frankreich, Italien, die DDR und die Schweiz.

Das erste gewichtige Echo auf die Mitte 1971 erschienene Studie, kam im Januar dieses Jahres im englischen «Ecologist» als «A blueprint for survival» (s. «Neue Wege», März 1972) zum Ausdruck. Diese Studie ist soeben in deutscher Übersetzung erschienen «Planspiel zum Überleben. Ein Aktionsprogramm».

Im Februar folgte der Brief von Sicco Mansholt an den damaligen Präsidenten der Europäischen Gemeinschaften, A. Malfatti (s. «Neue Wege», Mai 1972)<sup>1)</sup>. Die Absicht Mansholts war es, nicht nur die EG aufzufordern, sich von der «Diabolik der Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts» zu befreien, sondern auch eine internationale Debatte darüber auszulösen. Diesen Gefallen erwies ihm der Präsident der Kommunistischen Partei Frankreichs durch heftige Angriffe.

Im April erschien gleichzeitig in den vier Zeitungen «Die Welt», «Le Monde», «La Stampa» und «The Times» eine zehnstufige Beilage «Europa und Umwelt»<sup>2)</sup> mit Artikeln von Wissenschaftlern, Politikern, Soziologen und Journalisten Europas über Teilgebiete wie «Die Zukunft des Rheins», «Das Zeugnis von Venedig»; ein Interview mit dem Außenminister der BRD, Genschner, über die Schritte, die seine Regierung zum Schutz der Umwelt unternehmen wird; über die gesetzlichen Maßnahmen, die zur Schaffung eines internationalen Systems zum Umweltschutz nötig wären, oder die Rolle der Industrie im Kampf um die Erde und die notwendige Geburtenbeschränkung.

Im Juni veranstaltete die Wochenzeitschrift «Le Nouvel Observateur»<sup>3)</sup> eine Debatte zwischen sieben bedeutenden Persönlichkeiten, worunter S. Mansholt, Herbert Marcuse, der Präsident der französischen kommunistischen Partei Edmond Maire, Edward Goldsmith, der Herausgeber von «The Ecologist». Eine Woche später fanden im Gebäude der UNESCO in Paris die vom Ministerium der Wirtschaft und der Finanzen während drei Tagen veranstalteten internationalen Begegnungen statt über «Wohin führt uns das Wachstum?».

Das Nullwachstum ist in den USA von Herbert Marcuse schon vor mehreren Jahren propagiert worden: («Zero Growth» und seine Verteidiger, die «zegists»). Giscard D'Estaing, der französische Finanzminister, schlägt dagegen vor, das Wachstum zu zivilisieren, wie er auch Mansholts Vorschlag zur «Abschaffung der Erbschaft» auf eine Begünstigung der «Gleichheit der Chancen» abschwächt.

Den intensivsten Widerstand findet Mansholt in seiner eigenen Kommission; vom Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaften, Raymond Barre, der die MIT-Studie durch seine Beamten hat analysie-

---

1) La lettre Mansholt. Texte intégral. Réactions et commentaires.  
éd. J. J. Pauvert, Paris.

2) «Le Monde», 13 avril, p. 17-26.

3) «Le Nouvel Observateur», 19 juin 1972.

ren lassen. Die Untersuchung läuft darauf hinaus, daß ihre Autoren in allen Punkten «weniger pessimistisch» sind als der Club of Rome. Pierre Drouin in «Le Monde» (16. Juni 1972) überschreibt die Polemik Barre-Mansholt richtig mit «Zwei verschiedene Wellenlängen» und sieht in ihr den tiefen Widerspruch unserer Gesellschaft. Der Schluß, den dieser Kolumnist aus der Debatte zieht, scheint uns sehr weise. Nach der Feststellung, daß die rationellen Argumente weder Mansholt noch Barre den Vorrang geben und einem Hinweis auf Pascal schließt er:

«Selbst wenn die ökologische Katastrophe nicht am Ende unseres Weges steht, was riskieren wir, wenn wir ein Modell viel schwächeren Wachstums verteidigen, in dem die immateriellen Güter über die gegenständlichen den Sieg davontragen, in dem die Natur weniger verklavt ist, die Arbeit weniger hektisch; in dem Erziehung, Gesundheit und Kultur mehr gepflegt werden, selbst wenn sie das Bruttosozialprodukt (frz.: PNB) weniger anwachsen lassen.»

Hierher gehört ein Hinweis auf den Artikel eines Schweizers, Professor Dr. rer. pol. Emil Küng «Die Konsumgesellschaft — was kommt nachher?» («Pro», April 1972), der sich zwar keineswegs auf die MIT-Studie bezieht, aber aus der heutigen Lage ähnliche Konsequenzen zieht wie Mansholt. So stellt er fest: «Es hat ein Übergang stattzufinden von der Konsumgesellschaft von heute zu der Kulturgesellschaft von übermorgen», deren «vorherrschender Weltanschauung es weit eher entsprechen würde, wenn das Wettrennen nach dem Wohlleben verpönt wäre.» «Was wir brauchen, sind andere Bedürfnisse und Ziele. Nicht mehr der Snobpionier darf unser Vorbild sein, dem wir nacheifern, sondern der Kulturpionier, der Lebenskünstler.» «Wenn immaterielle Güter den Charakter von Statussymbolen erlangen, statt wie bisher materielle Demonstrationsobjekte, so liegt das vollkommen in der Linie dessen, was angestrebt werden muß.» Besonders erfreulich an dieser Abrechnung mit der Welt von heute scheint uns, daß sie ein Professor der Wirtschaftswissenschaften vornimmt. Er ist sich allerdings bewußt, daß das gezeichnete Bild der Kulturgesellschaft eine Utopie darstellt, aber in seiner Überzeugung, daß wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, sieht er den Sinn dieser Utopie darin, daß sie zeigt, wohin die Reise führen soll.

Aus deutschen Zeitungen oder Zeitschriften kennen wir, außer einigen kürzeren Stellungnahmen, nur die gründliche und sachliche Analyse in «Die Zeit» vom 17. März 1972 und die Auseinandersetzung im «Spiegel» vom 15. Mai 1972, die positive und negative Stellungnahmen gegeneinander abwägt. In einer programmatischen Rede an der Lindauer Nobelpreisträger-Tagung kam Willy Brandt zum Schluß, Umweltpolitik diene auch der Sicherung des Friedens, sie sei eine verlängerte Friedenspolitik.



Wie ist das Echo in der Schweiz? Sachliche Analysen in verschiedenen Tageszeitungen, besonders zahlreich auch in der «Neuen Zürcher Zeitung», so etwa am 17. Juli. «Umweltschutz als Managementaufgabe», wo es vom Manager heißt, daß heute schon seine vornehmste Aufgabe sei, die Zukunft zu gestalten und «morgen wird er nach allgemeiner Überzeugung das Überleben zu sichern haben». Nach solchen, die Arbeit der siebzehn Wissenschaftler (die ja selber auf die Unmöglichkeit einer auf ersten Anlieb umfassenden Studie aufmerksam machen) ernsthaft würdigenden Stellungnahmen, wirkt die dreiseitige Auseinandersetzung mit dem Thema des Umweltschutzes in der evangelischen Zeitschrift «Reformatio» besonders bestürzend. Der Verfasser der Rubrik «Eidgenössisches», ein Politiker in verantwortlicher Stellung, gibt sein eidgenössisches Urteil ab, allem Anschein nach ohne gründliche Kenntnis der Studie. Für ihn vermischt das Buch Halb- und Ganzwahrheiten, und dessen «pessimistische Prognose ist (für ihn) lediglich der Beweis für einen offensichtlichen Mangel an Vertrauen in die menschliche Intelligenz». Ja sogar als mangelndes Vertrauen «in den Schöpfer» betrachtet der Politiker «das lautstarke Geschrei über den unmittelbar bevorstehenden Untergang der Menschheit», denn nach ihm «müßte dann eben die Besiedelung anderer Sterne von der Vision in die Tat transponiert werden». Es wäre interessant, in diesem Punkt die Meinung der verschiedenen theologischen Redaktoren zu kennen. Uns erscheint dieser Gedanke als Hybris, menschliche Überheblichkeit. Im Leserbrief einer Zürcher Zeitung wird der Verfasser, im Zusammenhang mit seiner Ansprache an einer Generalversammlung, als «Prophet der neuen Weltreligion des Bruttosozialprodukts» bezeichnet. — Seine Überlegungen zur UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm dürfen nicht unbeachtet bleiben, weil sie ein wichtiges Thema berühren, das wir allerdings auch anders sehen. Für ihn waren es alle westlichen Demokratien, die dort dem Wachstumsdenken abgeschworen haben, und seine Überlegungen enden mit der Frage: «Wer hat ein Interesse daran, daß sich die westlichen Länder in Selbstbeschränkung üben, während er selber daneben steht, unaufhaltsam wächst und sich ins Fäustchen lacht?» Dazu denken wir, daß die zum Abschluß der Konferenz in Stockholm verfaßten UNO-Grundsätze zum Umweltschutz, sich an alle Staaten wenden, auch an diejenigen, die dort nicht anwesend waren. Die Ostblockländer hatten nicht «von Anfang an» die Absicht der Konferenz fern zu bleiben, sondern erst nachdem man der DDR den Zutritt verweigert hatte. Daß aber von den Entwicklungsländern nicht dieselbe Beschränkung erwartet werden kann, wie von den hochindustriellen Ländern, die jetzt schon ein Vielfaches zur Umweltverschmutzung beitragen, sollte begreiflich sein. Da aber im Interesse der Erhaltung des Gleichgewichts nicht zugelassen werden kann, daß die Entwicklungsländer dem Verschmutzungsgrad der Industrieländer gleichkommen, müssen eben

diese ihr Übermaß abbauen, um den andern ein Mindestmaß zu ermöglichen. Wer den großen Rückstand der Dritten Welt in der Entwicklung kennt, ist sich bewußt, daß es nicht leicht sein wird, ein richtiges und gerechtes Maß in der Stabilisierung des Weltwachstums zu finden. Dabei ist es begreiflich, daß die Entwicklungsländer allen Maßnahmen mit Mißtrauen begegnen. Ferner zeichnet sich die Gefahr heute schon ab, daß einerseits umweltverschmutzende Industrien in die Dritte Welt verlegt werden und andererseits Produkte, die bei uns verboten werden, in die Dritte Welt abgeschoben werden.

Zum Schluß noch ein Echo aus der welschen Schweiz. Unter dem Titel «Ein revolutionärer Vorschlag: das Wachstum stoppen», bringt die vierzehntäglich erscheinende Zeitung «L'Essor» ihre Stellungnahme zur MIT-Studie und vor allem zu den Vorschlägen Mansholts. Sie erfaßt das Kernproblem «es handelt sich nicht darum, auf irgend etwas zu verzichten, sondern darum, die Gesamtheit der menschlichen Anstrengungen anders zu orientieren, ein anderes Ideal zu entdecken als dasjenige des maximalen materiellen Komforts.»

Es ist nicht leicht, aus dem verschiedenartigen Widerhall, den die MIT-Studie ausgelöst hat, endgültige Konsequenzen zu ziehen. Die Probleme sind vielschichtig und zum Teil gegensätzlich. Diese Tatsache darf aber nicht dazu führen, den Dingen wie bisher ihren Lauf zu lassen.

Wäre es wirklich so unmöglich, so unrealistisch, sich auf ein einfacheres Leben einzustellen?  
B. Wicke

## Südafrikanische Barbarei, wann nimmt sie ein Ende?

Unsere Leser sind nachgerade im Bilde über die Situation der Schwarzen und Mischlinge in Südafrika. Wir haben in sehr vielen Aufsätzen und Meldungen auf die Tendenz der südafrikanischen Regierung hingewiesen, jeden Widerstand gegen die Apartheid als Kommunismus zu brandmarken. Wir glauben, die wiederholte Durchleuchtung der faschistischen und neofaschistischen Strömungen, sei es im südlichen Afrika oder in Teilen Europas rechtfertige sich, angesichts der «Ruhe und Ordnung»-Mentalität, die sich so gerne mit der «Geschäft um jeden Preis-Gesinnung» paart und die auch schweizerischen Milieus nicht fremd ist.

Die Schwarzen standen lange Jahre allein gegen die nationalistische Regierung, die 1948 an die Macht kam. Die United Party, die parlamentarische Opposition, die Handels- und Industriekreise vertritt, nahm Anstoß an der Brutalität, mit der das System der Rassentrennung ge-